

Niederschrift

über die 2. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses am Mittwoch,
11.03.2026 um 18:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Christian Gartmann CDU

stellv. Vorsitz

Frau Lisa Didschuneit Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder

Herr Fabian Filatov	CDU
Herr Peter Groß	CDU
Herr Martin Sudhoff	CDU
Frau Danielle Winterberg	CDU
Frau Andrea Janeck	SPD
Frau Anne Kathrin Stroth	SPD
Frau Sibylle Owsianowski	AfD
Frau Elisabeth Verbeet	Die Linke

Sachkundige Bürger*innen

Herr Benjamin Döbgen	SPD
Frau Angelica Niederquell	AfD
Anika Ringelkamp	Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Ralf Peter Beier	BürgeraktionIPiraten

Beratende Mitglieder

Herr Detlef Recha	Arbeiterwohlfahrt - Ortsverein Hilden
Frau Pfarrerin Sonja Schüller	Evangelische Kirche
Frau Malin Schmidt	Paritätischer Wohlfahrtsverband

Beiräte

Frau Christel Gerling	Seniorenbeirat
Frau Sabine Anna Roth	Behindertenbeirat

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Frau Andrea Funke	Stadt Hilden
Frau Anja Voß	Stadt Hilden
Frau Sabine Freese	Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Sozialausschusses, Stand Februar 2026
WP 25-30 SV 50/009
- 3 Sozialhilfe, Wohngeld und Unterhaltsvorschuss - Bericht 2023 - 2025
WP 25-30 SV 50/005
- 4 Entwicklung im öffentlichen Wohnungsbau - Bericht 2023 - 2025
WP 25-30 SV 50/006
- 5 Bildungs- und Teilhabepaket NRW - Bericht 2023 - 2025
WP 25-30 SV 50/007
- 6 Fachdienst Beistandschaften - Bericht 2023 - 2025
WP 25-30 SV 50/008
- 7 Jahresberichte 2024 der Sozialpädagogischen Einrichtung Mühle (SPE Mühle) – Wohnungsnotfallhilfe
WP 25-30 SV 51/019
- 8 Bericht der Nachbarschaftszentren
WP 25-30 SV 51/023
- 9 Sachstand Projekt- und Fördermittelmanagement 2025
WP 25-30 SV 51/027
- 10 Anträge
- 10.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 09.07.2025: Hilden gegen Einsamkeit
WP 25-30 SV 51/028
- 11 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 12 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Vorsitzender Rm Gartmann/CDU verpflichtete Frau Sonja Schüller/Evangelische Kirche, Herrn Ralf-Peter Beier/BAIPi sowie Frau Malin Schmidt/Paritätischer Wohlfahrtsverband mit den folgenden Worten:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde.“

Änderungen zur Tagesordnung

Es gab keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand zu Wort.

1 Befangenheitserklärungen

Es erklärte sich niemand für befangen.

2 Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Sozialausschusses, Stand WP 25-30 SV 50/009 Februar 2026

Rm Groß/CDU fragte nach, warum bei dem Antrag der BA/Pi zur Wohnungstauschbörse die Ampel auf „grün“ also erledigt stehe, obwohl er noch keinen Termin zur geplanten Infoveranstaltung in 2026 erhalten hätte.

Frau Voß/Verwaltung erläuterte, dass die Veranstaltung geplant aber noch nicht terminiert sei, daher werde die Ampel wieder auf „gelb“, also in Bearbeitung gesetzt.

Der Sozialausschuss nahm die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

3 Sozialhilfe, Wohngeld und Unterhaltsvorschuss - Bericht 2023 - WP 25-30 SV 50/005 2025

Rm Owsianowski/AfD wies auf eine Verdrehung der Angaben auf Seite 3 der Tabelle zu Kindern/Haushalte im Bericht hin.

Frau Funke/Verwaltung bestätigte dies nach kurzer Überprüfung und sagte die Korrektur der Tabelle und richtige Darstellung in der Niederschrift zu.

Anmerkung der Schriftführung:

Von rd. 1.000 Haushalten mit Wohngeldbezug, sind 311 Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren.

Korrigierte Tabelle:

Haushalte	Anzahl Haushalte	Anzahl Kinder
1 Kind	94	94
2 Kinder	125	250
3 Kinder	63	189
4 Kinder	23	92
5 Kinder	5	55
6 Kinder	1	6

Rm Verbeet/Die Linke stellte eine Frage zum Unterhaltsvorschuss. Ihr fehle im Bericht Angaben zu ausgebliebenen Unterhaltszahlungen der Unterhaltspflichtigen.

Frau Funke/Verwaltung ergänzte, dass seit Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG) 2019 die Abrechnung für Neufälle über das Land NRW erfolge. Seitens des Landes NRW werde keine Refinanzierungsquote mitgeteilt.

Für „Altfälle“ erfolge die Heranziehung der Unterhaltspflichtigen über die Stadt Hilden. Hier könnten entsprechende Zahlen erhoben werden. Allerdings müsse die Stadt 50 % der Refinanzierung an das Land NRW abführen.

Der Sozialausschuss nahm den Bericht über die Entwicklung der Sozialhilfe, des Wohngeldes und des Unterhaltsvorschusses der Jahre 2023 - 2025 zur Kenntnis.

4 Entwicklung im öffentlichen Wohnungsbau - Bericht 2023 - 2025 WP 25-30 SV 50/006

Rm Beier/BAIPi wies auf die Tabelle zum Abbau des sozialen Wohnungsbaus auf Seite 4 des Berichtes hin. Die ergriffenen Maßnahmen der Stadt Hilden seien nicht ausreichend, Vorschläge aus der Politik werden nicht angenommen und die Anzahl der Sozialwohnungen sinke weiter, obwohl es sich beim sozialen Wohnungsbau um eines der wichtigsten politischen Themen handle, unter anderem für die Durchmischung der Bevölkerung.

Frau Schmidt/Parität. Wohlfahrtsverband erwähnte eindrücklich, dass die Wohnungsnot und der Wegfall an Sozialwohnungen in Hilden deutlich spürbar seien. Der Bedarf steige und die Kapazitätsgrenze sei bereits erreicht.

Rm Stroth/SPD forderte die Ausschussmitglieder auf, das Wording „Sozialwohnung“ zu überdenken. Die Wohnungsnot sei längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Öffentlich geförderter sozialer Wohnungsbau sei aufgrund rarer Flächen in Hilden kaum möglich.

Aus der Tabelle im Bericht gehe ganz klar hervor, dass preisgedämpfter Wohnraum in unserer Stadt immer weniger werde. Während es vor 10 Jahren noch 2.000 Sozialwohnungen gab, so waren es vor 5 Jahren nur noch 1.500 Sozialwohnungen. Dies sei die komplett falsche Richtung, laut Rm Beier/BAIPi .

Frau Schmidt/Parität. Wohlfahrtsverband betonte, dass geförderter Wohnraum oft nicht mehr den Angemessenheitsgrenzen entspreche. Menschen mit Leistungsbezug könnten sich sozial geförderten Wohnraum kaum noch oder gar nicht mehr leisten.

Frau Gerling/Seniorenbeirat berichtete von Erfahrungen aus ihren Sprechstunden, bei denen Personen über 65 Jahre aufgrund ihres Alters oft gar keine bezahlbare Wohnung mehr bekämen.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung über die Entwicklung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus der Jahre 2024 und 2025 zur Kenntnis.

Der Sozialausschuss nahm den Bericht zum Bildungs- und Teilhabepaket NRW für die Jahre 2023 - 2025 zur Kenntnis.

Der Sozialausschuss nahm den Bericht über den „Fachdienst Beistandschaften“ der Jahre 2023 - 2025 zur Kenntnis.

1. Beigeordneter Eichner machte auf einen Übertragungsfehler aufmerksam. Die Sitzungsvorlage enthalte zwei Jahresberichte (2024 + 2025), nicht wie angegeben einen Jahresbericht.

Frau Schmidt/Parität. Wohlfahrtsverband fasste die Schwerpunkte des Berichtes kurz zusammen und bedankte sich bei den beteiligten Personen aus dem Amt für Jugend, Soziale Dienste und Integration sowie dem Amt für Soziales und Wohnen für die gute Zusammenarbeit. Sie betonte, dass die Einrichtung einer Notschlafstelle eine wichtige Maßnahme sein könnte, die dem Problem der Sanktionierung in Obdachlosenunterkünften Abhilfe schaffen würde. Es wäre dann auch möglich, Personen des Hauses zu verweisen, um Ordnung in den Obdachunterkünften zu bekommen. Die Unterbringung psychisch Kranker sei eine Bedrohung für die anderen Bewohner in den Obdachlosenunterkünften. Diese seien ohnehin an der Kapazitätsgrenze. Sie appellierte an die Politik, in eine Notschlafstelle zu investieren. Auch Personen ohne Tuberkulosestest-Negativ-Bescheinigung könnten in der Notschlafstelle temporär unterkommen. Für Familien sei ein abgeschlossener Bereich wichtig und aktuell sei bereits abzusehen, dass die Verfügbarkeiten knapp werden könnten.

Rm Didschuneit/Bündnis 90/Die Grünen würde sich gerne ein Bild vor Ort verschaffen und betonte, dass die Politik das Anliegen zur Einrichtung einer Notschlafstelle sehr ernst nehmen würde.

Der Sozialausschuss nahm die Jahresberichte 2024 und 2025 der Sozialpädagogischen Einrichtung Mühle (SPE Mühle) zur Kenntnis.

Frau Tharra/NBZ St. Jacobus & St. Marien, Frau Wrobel/NBZ Josef-Kremer-Haus und Frau Thöring/NBZ Haus im Süden seien laut dem 1. Beigeordneten Eichner heute anwesend. Sie würden sich über eine Kontaktaufnahme und Besichtigung der Nachbarschaftszentren vor Ort nach Terminabsprache freuen.

Der Sozialausschuss nahm den Bericht zu den fünf Hildener Nachbarschaftszentren zur Kenntnis.

Der Sozialausschuss nahm den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Rm Filatov/CDU stellte fest, dass die Stadtverwaltung mit ihrer Stellungnahme den Fahrplan vorzeigte. Dieses wichtige Thema solle Bestand haben und weiterverfolgt werden. Die vorgeschlagene Aktionswoche sowie der runde Tisch mit den aufgelisteten Akteuren würde überzeugen. Als abschließender Wunsch werde eine durchgehende Berichterstattung der Ergebnisse, der erarbeiteten Maßnahmenpakete und Strategien in den nächsten Sozialausschüssen gewünscht.

Rm Groß/CDU schlug vor ergänzend die Nachbarschaftszentren mit einzubeziehen, da diese bereits jetzt sehr aktiv in diesem Bereich sind.

Frau Voß/Verwaltung kündigte an, dass der Startschuss mit dem runden Tisch gegeben werde und kontinuierlich der Kontakt zu den Kooperationspartnern und Akteuren gepflegt werde.

Frau Roth/Behindertenbeirat bedankte sich für Beteiligung des Behindertenbeirates, da Menschen mit Einschränkungen von Einsamkeit genauso betroffen seien wie ältere Menschen.

Rm Stroth/SPD befürwortete die Stellungnahme der Verwaltung und stellte die Rückfrage an die CDU, ob noch weitere Ausführungen notwendig seien oder ob sich der Antrag mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt habe.

Rm Filatov/CDU betonte die Zufriedenheit seiner Partei, mit der Stellungnahme der Verwaltung. Unter der Voraussetzung, dass die Ergebnisse regelmäßig vorgestellt werden und die Politik beteiligt werde.

Rm Owsianowski/AfD erkundigte sich, wo die Bürger die angebotenen Maßnahmen finden könnten.

Frau Voß/Verwaltung antwortete, dass die Stadt Hilden bereits jetzt Social Media, die Presse und Plakate zum Informieren nutze. Sie werde das Thema gerne noch einmal beim „Runden Tisch“ aufgreifen.

Antragstext:

Die CDU-Fraktion Hilden stellt folgenden Antrag:

1. Der Rat der Stadt Hilden erkennt „Einsamkeit“ als aufkommendes Problem unserer Gesellschaft an und setzt sich dafür ein, entsprechende Maßnahmen für betroffene Zielgruppen zu ergreifen und dieses Thema aus der Tabuzone zu holen.
2. Die Stadtverwaltung erarbeitet zur Sitzung des Sozialausschusses am 19. November ein gesamtheitliches Konzept „Hilden gegen Einsamkeit“.

Begründung:

Das Gefühl der Einsamkeit wird beschrieben als die wahrgenommene Diskrepanz zwischen den erwünschten und den tatsächlichen sozialen Beziehungen. Betroffen sind Menschen jeden Alters insbesondere in Umbruchsphasen.

Einsamkeit ist auch in einer vernetzten Welt allgegenwärtig, obwohl dies nicht immer unbedingt ersichtlich ist. Nicht nur die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die unter Einsamkeit und Depressionen leidet, auch Senioren die plötzlich ohne Partnerinnen und Partner leben, steigt stetig an. Jeder siebte Mensch in NRW fühlt sich einsam – es fehlt an Gemeinschaft. Menschen jedes Alters brauchen reale Begegnungen, deshalb kann sozialer Isolation auch nur vor Ort wirksam begegnet werden. Hierbei kann insbesondere das Ehrenamt der Schlüssel zur Bekämpfung von Einsamkeit sein.

Ministerpräsident Hendrik Wüst bezeichnet Einsamkeit als "neue soziale Frage unserer Zeit".

Die ehemalige Familienministerin, Lisa Paus, nannte Einsamkeit ein "unterschätztes Phänomen", das langfristig auch der Demokratie schaden kann: "Wer Vertrauen in die Gesellschaft verliert, verliert auch Vertrauen in die Demokratie, politische Teilhabe nimmt ab, genauso wie die Bereitschaft wählen zu gehen."

In einem gesamtheitlichen Konzept sollen sich auch Best-Practice-Beispiele aus anderen Kommunen wiederfinden, bspw.: Aktion Großer Bruder, Gemeinsam bewegt gesund bleiben, „Schwatzbänke“, Plauderschlange, Stadtteil Cafe, Miteinander Essen & Kochen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

11 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Keine.

12 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Keine.

Ende der Sitzung: 18:31 Uhr

Christian Gartmann / Datum
Vorsitzender

Sabine Freese/ Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Sönke Eichner / Datum
1. Beigeordneter